

Burgfrieden?

Die Väden prangen schon im Weihnachtsschmuck. In den Warenhäusern spielen die Klaviere und Grammophone religiöse Lieder. Tannenzweige werden bereits zum Markt gebracht. Und doch will sich nicht die Stimmung einstellen, die gerade der herrschenden Klasse dieses Fest so wichtig macht. Wer heute von „Friede auf Erden“ spricht, riskiert nur, schallend ausgelacht zu werden.

Friede, wenn die faschistische Bestie, das Messer zwischen den Zähnen, sich auf die Arbeiter stürzt?

Friede, wenn 5 Millionen ohne Arbeit mit Unterstützungspfennigen auskommen müssen, die von Monat zu Monat geringer werden?

Friede, wenn die Regierung zu Weihnachten abermals einen neuen Lohn- und Gehaltsabbau dem werktätigen Volke beschert?

Friede, wenn kleine Kinder in Kellern und Laubkolonien erfrieren und ihre 10jährigen Geschwister von der Not zu organisiertem Diebstahl getrieben werden?

Die kapitalistische Klasse bringt dem Volke keinen Frieden, sondern den Hunger und das Schwert. Und das Volk begehrt auf Weihnachten 1931 werden Tage größter Not und grenzenloser Erbitterung...

Wir haben eine Regierung, die dem Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht das gibt, was sie alle zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft benötigen, eine Regierung, die das 15-Millionen-Heer der Erwerbslosen und ihre Angehörigen noch unter das Existenzminimum sinken läßt. Zu Weihnachten legt sie dem Mann den neuen Gehalts- und Lohnabbau unter den Tannenzweigen und der Frau die Verteuerung aller Lebensmittel durch die Verdoppelung der Umsatzsteuer. Und wenn statt der Weihnachtsgeldzahlung Kampfstimmung wächst, dann ist die Notverordnung Nummer hundertfünfundzwanzig fällig.

Friede und Wohlgefallen, durch ein Unternehmer- und Regierungsbüro nach dem anderen auch aus den letzten Winkeln der Häuser des werktätigen Volkes vertrieben, werden von oben befohlen. Vierzehn Tage lang darf über Notverordnung nicht gesprochen werden. Vierzehn Tage lang darf kein politisches Flugblatt erscheinen, keine Versammlung, auch in geschlossenen Räumen, abgehalten werden. Vierzehn Tage lang soll nicht das Geklagte werden dürfen, was Herz und Hirn von 60 Millionen Menschen in Deutschland bewegt.

„Religion ist Opium für das Volk“. Dieselben Kreise derselben herrschenden Klasse, die den Kommunisten gegenüber immer wieder erklären, daß Religion und Politik nichts miteinander zu tun hätten, benutzen jetzt einen religiösen Feiertag, um den Widerstand des arbeitenden Volkes gegen die schwerste Schädigung seiner Existenz zu lähmen.

Burgfrieden?! Wir kennen das! Burgfrieden schloffen am 4. August 1914 Wilhelm von Hohenzollern mit Fritz Ebert, mit Philipp Scheidemann und Gustav Noske. Burgfrieden schloffen die Kommissarien mit den sogenannten Sozialisten, und selbst die Junter von der Sorte des Herrn von Heydenbrand und der Lady und Oldenburg-Januschau, für die des Volkes Stimme immer nur die Stimme des Anbiederers war, drückten sozialdemokratischen Abgeordneten die lernende Hand.

Das war der Burgfriede für die Bewilligung der imperialistischen Kriegskredite, für die Aufrechterhaltung der Hohenzollernherrschaft. Das war der Burgfriede, der eine Million deutscher Arbeiter draußen in Flandern und Serbien, in Polen und Norditalien ins Gras beißen ließ. Woher? Für die Interessen ihrer Klassenfeinde!

Wir haben heute wieder einen Burgfrieden. Und wieder ist es die Sozialdemokratie, die ihn hält, die mit geübter Hand den Massenwiderstand gegen alle Notverordnungen erwidert und die sich eben erst ausdrücklich weigerte, das werktätige Volk noch vor Erlass der neuen Notverordnung zum Kampf zu mobilisieren. Diese Sozialdemokratie schließt jeden Burgfrieden mit den Unternehmern und sanktioniert jeden Lohnabbau.

Und sie ist sogar bereit, nationalsozialistische Minister zu stützen, zu schützen und das arbeitende Volk vom Sturz dieser Minister abzuhalten. So sagte es Tarnow in der Lichterfelder SPD-Mitgliederversammlung. So schrieb es Stämpfer vorgestern im „Vorwärts“. So bestätigte es Severing in seiner Leipziger Versammlung.

Wie die Sozialdemokraten, so die Hakenkreuzler. Es ist ein von der nationalsozialistischen Führung streng bewahrtes Geheimnis, das wir hier ausplaudern: Adolf Hitler hat während seines Besuchs bei dem Reichswehrminister Schleicher mit diesem nicht nur über die SA und über die Legalität seiner Partei gesprochen, sondern ihm mit besonderem Eifer versichert, daß die NSDAP unter allen Umständen den Wirtschaftsfrieden wahren werde.

Streiks gegen Lohnabbau werden nicht geduldet. Wer streikt wird erschossen. Millionäre werden gefesselt gefoltert. Der Burgfrieden zwischen Hitler und den Bankiers und Großindustriellen und Großagrariern unterscheidet sich grundsätzlich in nichts von dem Burgfrieden der sozialdemokratischen Führer mit den Herrschern der Kommandohöhen des kapitalistischen Wirtschaftsapparates.

Und doch klafft in dieser Burgfriedensfront eine ungeheure Wunde. In ihr schliefen die Millionen, denen das Leben zur Hölle gemacht wird. In ihr schlief die richtige Partei des Proletariats, auf deren ruhmreichen roten Bannern Karl Liebknechts Parole steht: „Nicht Burgfrieden, sondern Burgkrieg!“

Damals rief es einer, heute hört es ein Heer. Damals, vor anderthalb Jahrzehnten, war es eine Gruppe, heute ist es eine Partei, mehr, eine Volksbewegung. Die Regierung, die den Reichen zu schlechten erlaubt, kann den Armen nicht verbieten, Hunger zu schreiben. Und kann nicht hindern, daß wir, die Partei der Armut, die von allen anderen Parteien verraten und verkaufte Sache in unsere Hände nehmen.

Es gibt keinen Burgfrieden in Deutschland, solange Siemens und Borsig, solange Krupp und Thyssen, solange eine Ausbeuterclique noch Lust und Willkür über Millionen Arbeiter herrschen, sie des Lohnes und der Arbeit berauben darf.

Es gibt keinen Burgfrieden in Deutschland, solange die sozialdemokratisch-hakenkreuzlerische Front regiert.

Es gibt keinen Burgfrieden in Deutschland, bis nicht der Kapitalismus liquidiert ist.

Erst müssen diejenigen, die das Volk betrügen, verschwinden. Erst müssen die Feldherren des Feldzuges gegen die Arbeiter und kleinen Bauern, gegen die Angestellten, Beamten und Mittelständler, erst müssen die Könige des Kapitals entthront sein, erst müssen die Kommunisten in einem freien sozialistischen Deutschland herrschen — erst dann wird Friede sein!

Massenvergiftungen durch bürgerliche Winterhilfe. Das wahre Gesicht der bürgerlichen Winterhilfe wurde in Hamburg durch einen ungeheuerlichen Vorfall enthüllt. 300 Menschen, die von der Studentenhilfe Essen erhielten, sind infolge schlechter Speisen an Vergiftungserscheinungen erkrankt. Drei Köche wurden vorübergehend geschlossen.

SPD-Arbeiter freie Bahn in Rußland

Der Delegierte der Sozialistischen Arbeiterjugend Göhler berichtet in Dresden

(Arbeiterkorrespondenz)

Am Freitagabend berichtete im großen Saal des Reglerheims der frühere sozialdemokratische Rußlanddelegierte Göhler über die Ergebnisse seiner Rußlandreise. Die Volkszeitung hatte in provokatorischer Weise gehehrt, um Göhler persönlich herabzusetzen. Sie stellte ihn als unfähig hin, ein längeres Referat zu halten. Die Antwort hat Göhler selbst erteilt. In seinen stündigen Ausführungen betonte Göhler, daß die sozialdemokratischen Delegierten sich als Hauptaufgabe gestellt hatten, die Verhältnisse der Industriearbeiter in der Sowjetunion zu untersuchen. Göhler stellte dazu fest, daß ihnen über Untersuchungen in dieser Richtung vollkommen freie Hand gelassen wurde. Zudem klapperte die sprachliche Verständigung meist tadellos. Große Gebiete sind von deutschen Siedlern bewohnt und für Jungarbeiter sowie Rotarmisten bezieht Deutsch als Pflichtfach. Göhler führte im Laufe seiner dreieinhalbstündigen Rede weiter aus, daß man die Verhältnisse der russischen Arbeiter nicht ohne weiteres mit denen der deutschen vergleichen kann. Vielmehr muß man die Lage Rußlands vor 1917 und jetzt vergleichen. Bei Berücksichtigung dieser Tatsache kann man den ungeheuren Fortschritt und Aufbau sehen und würdigen. Selbstverständlich sind noch nicht alle Teile dieses Riesereiches vom sozialistischen Aufbau restlos erfasst. Aber das ist nicht das Entscheidende. Diese Mängel werden von der Leitung des proletarischen Staates selbst erkannt und auf dem schnellsten Wege abgestellt versucht. Alle Fabriken und Betriebe, welche Göhler besuchte, waren in hygienischer Hinsicht vollkommen einwandfrei. Der rote Direktor, dessen Bezahlung nicht höher ist als die eines qualifizierten Arbeiters, ist Leiter des Betriebs und nicht Menschenhändler. Das höchste Recht im Betrieb hat die Gesamtarbeiterchaft.

In allen Betrieben gibt es moderne Speisekassen. Die Arbeitszeit beträgt sieben Stunden täglich und vier Tage in der Woche. In den neuesten Betrieben findet man Säle von einer Größe, daß sie kaum zu überblicken sind. Die Ausmaße neuerfertigter Produktionsstätten gehen bis zu drei Quadratkilometer. Die Diskussionsfreudigkeit der russischen Arbeiter ist erstaunlich. Nachdem die deutschen Gäste eine Flut von Fragen gestellt hatten, begannen nun die Russen ihre Fragestellung. J. B. W.

denkt sich die deutsche Sozialdemokratie den Ausweg aus der Krise.“

Von der russischen Revolution sind nicht etwa alle Rußländer gütlich gerührt worden, wie in verlogener Weise in der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse berichtet wird. In allen Großstädten befinden sich heute noch alle großen und berühmten Baudentmäler und Kunstmäler. Auch in die Kirche kann gehen wer will. Doch muß jeder Kirchengänger, genau so wie ein Mitglied eines Vereins, seine Beiträge bezahlen. Auf der armen Seite macht der Bund der Gottlosen durch seine Propaganda und Aufklärung immer weitere Kreise des russischen Volkes Atheisten.

Auch auf sozialem Gebiet ist Rußland führend.

In den schönsten Gebieten befinden sich Erholungs- und Ferienheime für die Arbeiter und Bauern. Die sozialen Leistungen, welche besonders der Frau zutreffen, sind bedeutend besser als in Deutschland. Das zeigt sich am deutlichsten in der Schwangeren- und Säuglingsfürsorge. In der Geburtenregelung, in der sämtlicher Berufe für die Frau und in gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Zusammenfassend erklärt Göhler, daß man doch nicht sagen könne, daß in dem ganzen Reich der Sozialismus schon vollendet ist, aber mit gutem Recht kann man behaupten, daß sich die Sowjetunion auf dem Wege dazu befindet. Die erste Etappe ist die Erfüllung des Fünfjahresplans in vier Jahren. Göhler zieht aus dem Gesehenen und Erlebten den Schluss, daß in Rußland die Diktatur des Proletariats ausgearbeitet ist und fordert zum Schluss alle Anwesenden auf, die Sowjetunion, das Vaterland aller Proletarier zu schützen gegen die Provokationen der Kriegshege der kapitalistischen Länder.

Stürmischer Beifall beehrte die sachliche Ausführungen Göhlers. Anschließend sprach kurz Genosse Kentisch über die Notwendigkeit der Bildung einer roten Einheitsfront aller Werktätigen zum Kampfe gegen den Faschismus und für den Schutz der Sowjetunion. Er forderte alle auf, sich in die Reihen der roten Volksbegehren einzuschließen. Den Kampfwilligen demonstrieren für Schaffung eines roten Sachsens in einem freien sozialistischen Deutschland.

Severing „packt zu“

51 Kommunisten verhaftet

Razzia in Reddinghausen. Hausdurchsuchungen in Lüneburg

Reddinghausen, 7. Dezember. (Eig. Bericht.)

Die Reddinghauser Polizei hat mit einem Razziaausflug ein Schupo eine Razzia großen Stiles gegen die Kommunistische Partei durchgeführt. Eine Wirtschaft, in der ein Schulungsstufkurs abgehalten wurde, wurde von Hunderten von Polizisten nach Sperrung aller Straßenzüge besetzt. Die anwesenden etwa 51 kommunistischen Arbeiter wurden mit der Begründung verhaftet, daß das angebliche Kursthemata „Fragen der Volkrevolution“ hochverrat bedeute. Alle 51 wurden ins Polizeipräsidium und dann ins Gerichtsgefängnis geführt und ihnen erklärt, daß sie bis zur Eröffnung des Prozesses in Haft gehalten werden.

Lüneburg, 7. Dezember. (Eig. Bericht.)

In den letzten Tagen wurde eine Hausdurchsuchung bei Funktionären der Kommunistischen Partei durch Landeskriminalpolizei durchgeführt. Trotz aller Bemühungen der Polizei konnte nichts von Belang gefunden werden. Mehrere Arbeiter wurden verhaftet.

Die neue Verfolgungspolitik gegen Kommunisten im Reich Severings hat unter den Werktätigen, insbesondere unter den sozialdemokratischen Arbeitern, große Entrüstung ausgehört. Es erweist sich, daß die neueste sozialdemokratische „Denkschrift“, mit der die SPD-Führer einen Kampf gegen die Nazis vorplagen wollen, nichts anderes bedeutet, als die verschärfte Dissenliebe der Bourgeoisie und ihrer sozialfaschistischen Helfer gegen die revolutionäre Arbeiterkraft.

Neue Maßnahmen gegen die NSD

Berlin, 7. Dezember. (Eig. Meldung.)

Die Regierungsparteien hatten am Sonnabend und Sonntag ihre Organisationsvertreter zu einer Tagung nach Berlin gerufen. In einer Entschließung wurde zu härtesten Maßnahmen gegen „die Feinde der Republik“ (dies: revolutionäre Arbeiterchaft) aufgefordert.

Gemeindewahlen in Württemberg

Gewaltige Niederlage der SPD. Starter Zuwachs der Nazi. SPD hält die Position

Die Gemeindewahlen in Württemberg brachten ähnlich wie die Hessenwahlen einen Stimmenzuwachs der Nazis. Jedoch konnten die Nazis nicht alle den bürgerlichen Parteien verloren gegangenen Stimmen auffangen. Der Gesamtverlust der Bürgerlichen beträgt in Stuttgart 32.000, während die Nazis nur 22.000 gewonnen haben. Die SPD hat angesichts der geringen Wahlbeteiligung ihre Position behauptet. Die SPD wurde verwindend geschlagen. Sie verlor 25 Prozent ihrer Stimmen.

Das Wahlergebnis in Stuttgart zeigt folgendes Bild:

	1930	1928
Kommunistische Partei	37.803	38.403
Sozialdemokr. Partei	46.810	60.127
Christl. Volkedienst	9.075	12.339
Zentrum	18.186	19.613
Deutschnationale	19.925	18.374
Frauenliste	4.760	
Bürgerl. Einheitsliste	23.104	52.141
Nazis	41.589	22.587

In den Landbezirken wurden in 207 von 263 Wahlkreisen folgende Stimmen abgegeben:

SPD	29.778
SPD	3.184
SPD	36.521
Christl. Volkedienst	7.877
Zentrum	14.105
Deutschnationale	17.959
Frauenliste	3.815
Bürgerl. Einheitsliste	17.023
Nazis	34.780

Vergleichsziffern aus den Landbezirken liegen nicht vor, doch zeigt sich dort ein ähnliches Bild wie in Stuttgart. Die Wahlbeteiligung war 80 Prozent gegenüber 86 Prozent bei den Reichstagswahlen.

Reichsbannerproleten antworten Göring

In der am Freitag stattgefundenen Versammlung der SPD zum roten Volksbegehren im Leipziger Osten trat in der Diskussion der Reichsbannerfunktionär Hermann, der in der Uniform und mit dem Abzeichen des Reichsbanners in der Versammlung erschienen war, auf, und hielt eine flammebringende Rede gegen die faschistische Reichsbannerführerschaft, insbesondere aber gegen Görings offene faschistische Entwicklung. Wörtlich erklärte er:

„Wenn Göring jetzt diesen offenen faschistischen Weg geht, wenn das Zentrum, das ja immer noch im Reichsbanner vertreten ist, mit den Nazis fuhandelt, dann kann ich nicht von uns, der ehrlich ist, im Reichsbanner eingereiht.“ Denn dann werden wir ja nur zum Schutz der Nazis hineingelegt.“

Unter den Renaufnahmen, die in dieser Versammlung für die SPD gemacht wurden, befindet sich auch die Aufnahme eines sozialdemokratischen Fürsorgepflegers.

Die rote Einheitsfront gegen Hunger und Faschismus marschiert unter dem Banner der SPD. Diese Einheitsfront wird auch das rote Volksbegehren zum Sturz der reaktionären Schmidtregierung, zur Beseitigung des volksfeindlichen Landtages, für ein rotes Sachsen im freien sozialistischen Deutschland zum Sieg führen.

Wo steht die werktätige Jugend? Zu Hitler, Wels oder Thälmann?

Darüber spricht am Dienstag, dem 8. Dezember, der ehem. Hitlerjugendleiter Böhme-Berlin und ein Vertreter des ZK des Jugendverbandes 20 Uhr im Reglerheim, Friedrichstraße